

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden,
Rader & Temp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gedr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6.00 M., durch die Post halbjährlich 30.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 6.50 M., Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsverlag 10, Tel. 23261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsadresse: Zeitungsverlag 10, Tel. 23261.
Telefon-Nr. 23261.
Druckzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Leitung: Die 2. Spalte des Monatsheftes 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3. Spalte des Monatsheftes 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisänderung 40 Pf.

Nr. 160

Dresden, Dienstag den 12. Juli 1921

32. Jahrg.

Die französische Gewaltpolitik

Zwei Jahre sind seit dem offiziellen Friedensschluss vergangen, aber der Zustand, in dem wir uns befinden, ist von dem wahren Frieden noch sehr weit entfernt. Davon zeugt wieder von neuem die Rede Briands, die die Schweren Dröbungen gegenüber Deutschland enthält. Briand hat es mit einer nationalistischen Kammermehrheit zu tun, deren Vertrauen zu ihm dadurch erschüttert ist, daß er sich mit den Bedingungen des Ultimatums zufrieden gab. Wenn es noch den französischen Nationalisten gegangen wäre, so wären Deutschland noch viel härtere Bedingungen auferlegt worden. Aber es scheint, daß Briand jetzt jede Gelegenheit benützt will, um seiner Kammermehrheit zu zeigen, daß er Rücksichtigkeit gegenüber Deutschland nicht kennt. Deutschland kann machen, was es will, es kann seine Verpflichtungen in noch so weitgehendem Maße erfüllen, Frankreich darf nicht aufhören zu drohen, es darf nicht auf Zwangsmassnahmen verzichten.

Briand erkennt zwar an, daß die Regierung Birth alles mögliche getan hat, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, aber er zieht nicht etwa den Schluß daraus, daß Frankreich nun alles tun müsse, um die Regierung Birth zu unterstützen und deshalb von unnötigen Schikanen gegen Deutschland ablassen müsse im Gegenteil. Er verweist auf den Einfluß, den die Alldeutschen auf die öffentliche Meinung in Deutschland haben. Deshalb, so sagt er, muß Frankreich am Rhein bleiben. Daß er durch seine Politik die Geschäfte der Alldeutschen befördert, macht für Herrn Briand und seine Kammermehrheit nichts aus. Die französischen Nationalisten haben ein Interesse daran, daß in Deutschland der Geist nationaler Verbitterung nicht verschwindet, damit sie immer neue Vorwände für ihre Gewaltpolitik gegen Deutschland haben. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß sich die nationalstolischen Fehler hüben und drüber in die Hände arbeiten. Die Ausführungen Briands zeigen uns wieder einmal, wem in Wirklichkeit unsere schuldigen Hochverrats mit ihrer Kohagitation dienen.

Es versteht sich von selbst, daß Briand auch die Leipzig-er Proklamation behandelt, wobei er die Verhandlungen in Leipzig schlechtweg als ein Theaterstück bezeichnet. Wenn es nach Briand ginge, müßten die sogenannten Kriegsverbrecher ohne weiteres zu schweren Strafen verurteilt werden, nur weil es die Franzosen fordern. Herr Briand tut so, als wenn er nicht wüßte, daß man einen Angeklagten nur dann verurteilen kann, wenn seine Schuld bewiesen ist, und daß gerade bei den sogenannten Kriegsverbrechern der Nachweis der Schuld besonders schwer zu erbringen ist, weil die Tatbestände naturgemäß sehr unklar sind und seit den in Frage kommenden Jahren vergangen sind. Bei dem französischen Ministerpräsidenten spielen eben solche Erwägungen keine Rolle. Ihm ist auch gleich, daß sich manches von ihm, was gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vorgebracht wurde, als bloßer Mistich erweisen hat. Wenn er nur einen neuen Vorwand hat, um Deutschland anzufügen und die französische Gewaltpolitik zu beibehalten. Auch in der oberflächlichen Frage steht Briand auf dem bekannten französischen Standpunkt, daß das oberflächliche Problem möglichst zugunsten Polens gelöst werden müsse.

Briand hat sich also in der französischen Kammer alsarker Mann aufgespielt. Seine Rede enthält nichts, was den Boden für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bereiten könnte. Die Politik, die Frankreich unter der Führung seines jetzigen Ministerpräsidenten treibt, ist nicht nur eine Gefahr für die Welt, sie wird auch auf die Dauer das französische Volk aus seiner Schiene schmeißen. Sollen die Wunden heilen, die der Krieg Frankreich geschlagen hat, so in dieses Land auf die deutsche Hilfe angewiesen. Aber wie sollen wir die großen Leistungen vollbringen, die zum Wiederaufbau Frankreichs notwendig sind, wenn unsere Weltmacht fortwährend durch die französische Gewaltpolitik gehindert wird, wenn uns in dem oberflächlichen Judentum eine der wichtigsten Quellen unserer Kraft genommen wird, wenn wir die Fortdauer der Sanctions Willkür für alle anderen Land und Luxus nach dem Ausland suchen, obwohl wir unter Zahlungsmittel so notwendig zur Erfüllung unserer Verpflichtungen brauchen?

Deutschland hat keine Wuchtmittel, um sich gegen die französische Gewaltpolitik zu wehren. Es bleibt ihm weiter nichts übrig, als daß es versucht, seine Verpflichtungen möglichst zu erfüllen, damit den französischen Nationalisten nicht immer wieder neue Vorwände zu Gewaltmaßnahmen geschaffen werden. Dafür, daß wir so nutzlos geworden sind, daß man uns derartige Dinge zu bieten wagt, wie wir das nicht erleben müssen, muß sich das deutsche Volk bei den Vordenkern und Taten, bei den großmäuligen Herrschern von der Vaterlandspartei bedanken, die durch ihre unklugen Entscheidungen verhindert, daß Deutschland rechtlich Frieden schließt, es völlig am Ende seiner Kräfte war. Gatten wir den so geliebten Schweidemann-Graberger-Präsidenten bekommen, dann brauchen wir heute nicht immer wieder neue Drohungen und Schikanen über uns ergehen zu lassen.

Interalliierte Kommissionen in Mittelschlesien

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 12. Juli. Wie wir erfahren, wird sich schon in den nächsten Tagen eine aus mehreren Offizieren bestehende interalliierte Kommission nach Mittelschlesien begeben, um sich dort über die Auflösung und Entwertung des oberflächlichen Selbstschutzes des Generals Geyer zu unterrichten. Sie wird in Mittelschlesien mit einer anderen Kommission aus Polen zusammentreffen, aber sich in Oppeln bei der Abstimmungskommission die nötigen Unterlagen über die Stärke der Besatzung der deutschen Selbstschutzeinheiten holen.

Leronds Dank

Eigene Drahtmeldung

Coppein, 12. Juli. Verand hat in einem Tagesbefehl, in dem er die Leistung in Oberschlesien und die Autorität der J. A. S. für wiederhergestellt erklärt, allen interalliierten Truppen seine besondere Anerkennung und gleichzeitig auch den Dank des Obersten Rates ausgesprochen. Besonders lobenswürdig fand er für die unerschrockenen und heldenmütigen Truppen. Gleichzeitig mit diesem Tagesbefehl ist ein französischer Eisenberg auf die interalliierten Truppen niedergelassen.

General Verand wird noch anarbitisch nach Gesundheitsrückichten in den nächsten Tagen nach Frankreich begeben, um, wie man in den Kreisen der J. A. S. glaubt, nicht wieder nach Oberschlesien zurückzukehren. Der französische General wird als sein Nachfolger genannt.

Die Tagung des Obersten Rates

Eigene Drahtmeldung

Paris, 12. Juli. Wie das Echo de Paris mitteilt, werden auf der Tagung des Obersten Rates zwischen dem 21. und 31. Juli auch in oberflächlichen Problem, für das die Sachverständigen ihr Gutachten abgeben, noch folgende Fragen stehen: Die wirtschaftlichen und militärischen Sanctionen vom Rhein und deren Aufhebung, die von England und Italien verlangt wird, und ferner die Prozesse der Kriegsschuldigen und die Grenzfrage.

Einbruch bei Adolf Hoffmann

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 12. Juli. Wie P. S. am Mittag meldet, ist der kommunistische Abgeordnete Adolf Hoffmann eingekerkert worden. Die Gründe haben während seiner Abwesenheit im Januar die Wohnung ausgemittelt, die Hoffmann gewaltsam geöffnet und eine reiche Beute gemacht: Eine große Anzahl Gelder und Wertpapiere, Schmuckstücke, Profanen, Christen, Verle, Ringe mit Brillanten, einen Goldplattenlocher, in dem sich ein Brief befand und eine braune Aktenabtheilung.

Briand vor der Pariser Kammer

Paris, 11. Juli. Die Kammer hat heute die Zusatzfrage des Briand besprochen. In Verantwortung verschiedener Anfragen sprach Briand über die polnische Frage. Er erinnerte daran, daß die Unterhandlungen über das Abkommen im Jahre 1916 den berechtigten Anspruch Frankreichs betrafen. Infolge neuer Abmachungen handelt es sich nun darum, die Politik Frankreichs klarzustellen und die Frage der Abänderung des Vertrages von 1916 über den Abbruch des Friedens mit der Unterzeichnung, die für den gesamten Verband gemeinsam ist. Wir können zilligen nicht räumen, sagte Briand, ohne dort unsere Zustände hergeleitet zu haben. Die Ansprüche sind aber eingestellt worden und wir haben auf diese Weise solidarisches französisches Blut gespart. Es wird nämlich Sache der Nationalisten sein, Frankreich die nötigen Paragrafen zu geben, und Frankreich wird dann mit daran denken, irgendwelche Eingriffe in das Nationalitätenprinzip vorzunehmen oder sonstige in die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Türkei einzugreifen. Was Briand anlangt, so handelt es sich nicht darum, dieses Land zu kolonisieren oder dort irgendein Vorkolonat zu errichten. Die einzige Veranlassung wird eine Verhinderung der vorrückenden Gruppen und Stützungen der Bevölkerung führen müssen. Aber Frankreich wird seinen Herrschaftsanspruch nicht unterlassen werden. Es wird in Ordnung bleiben und sein Werk nicht im Stich lassen.

Mußenpolitik

erklärte Briand jedoch, wenn es zu hoffnungsvollen Werte anzureichen sollte, so könnte man sie als übertrieben verurteilen. Aber die Erklärung, daß die Frage französischer Interessen im Vordergrund ist, hält sich weit von einem übertriebenen Optimismus entfernt. Frankreich behält zur Wahrung seiner Interessen und seiner Würde die nötigen Rechte, wie es auch hat. Die oberflächliche Meinung in Deutschland muß weiterhin von dem allein Geist der Alldeutschen befreit bleiben, sie mag abnehmen, aber den deutschen die richtige Lehre zu ziehen und den demokratischen Veranschaulichungen zum Ziel zu erhalten, sie mag sich von einem Hochschiss auslösen, der jedoch unmöglich ist. Eine Teilzahl kann nicht ausreichen, das Deutschland so unerschütterlich werden, daß es eine Erklärung für Frankreich bestehen könnte.

Bei der Abstimmung der

Ergebnisse in Oberschlesien

erklärte Briand, daß die französischen Truppen mittlerweile in eine äußerst schwierige Lage geraten waren, die zu ernstem Pöbel...

Ein unabhängiger Amtshauptmann

Dresden, 12. Juli. Zum Amtshauptmann von Leipzig ist, wie wir hören, der unabhängige Parteifreie H. H. H. ernannt worden.

Von Selbstschutzeinheiten mißhandelt

Frankfurt, 12. Juli. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Straßburg: In Straßburg in der Gegend von Mülheim wurde der Versuch gemacht, einen unabhängigen Selbstschutzeinheit, der sich gegen die selbstständigen Truppen in Teilen des Selbstschutzes abwandte, von 20 Selbstschutzeinheiten überfallen und tödlich mißhandelt.

Der Konzern des Stillen Ozeans

London, 12. Juli. Im Unterhaus hat Lord George gestern seine große Überzeugung über den amerikanischen Beschluß, betreffend die Wahrung der Freiheit im Stillen Ozean, ausgesprochen. Die amerikanische Regierung hat bereits ihre Teilnahme an der Konferenz, Japan noch nicht. Aber man habe Grund, zu glauben, daß auch Japan sich herziehen lassen werde. — Über Japan sagte Lord George, daß Japan in England einen alten Feind bekommen hätte. Er fuhr fort: Was die Vereinigten Staaten betrifft, so haben wir uns gegen den Wunsch, für eine Verständigung der Ozeane soviel wie möglich aufzusuchen. Das Bündnis zwischen England und Japan werde auf jeden Fall noch in Kraft bleiben bis 12 Monate nach der Unterzeichnung. Jede Verständigung müßte aber, daß der Vertrag in Herbereifung mit dem Völkerrecht gebracht werde.

Rückführung des englisch-japanischen Vertrags

Tokio, 12. Juli. Die englische auf unterrichteten Zeitungen „Kokumai“ und „Nishi Nishi“ behaupten, daß die englische Regierung erlaßt habe, es sei notwendig, das Bündnis mit Japan aufrecht zu erhalten wegen der Haltung der Reichsregierung und daß sie aus praktischen Erwägungen beschlossen habe, das Bündnis zu kündigen.

Hardings' Einladung in Paris

Paris, 11. Juli. (Doh.) Der amerikanische Botschafter hat heute dem französischen Außenminister Briand einen Besuch abgelegt, um dem Botschaftsdirektor der politischen Abteilung empfangen wurde. Der Schritt des amerikanischen Botschafters sollte dazu dienen, die Beziehungen zu verbessern über die für die amerikanische Einladung Hardings durch die französische Regierung. Der Botschafter hatte beabsichtigt die alliierten und assoziierten Mächte aufzufordern, an einer Konferenz in Washington teilzunehmen, auf der vor allem die Japaner der Verständigung der Mächten, des Stillen Ozeans und des fernem Ozeans zur Förderung kommen sollten. Der Botschaftsdirektor teilte dem Ministerpräsidenten Briand diesen Schritt sofort nach seiner Rückkehr aus der Kammermitteilung mit.

gegen hätte führen können. Aber die Regierung hat unter Zustimmung der Kammer alles getan, um es zu vermeiden, daß das Land in eine Abenteuerpolitik geriet wurde. General Verand hat keine Illusionen in bezug auf die Schwierigkeiten, die zu bewältigen sind unter den allernachteiligsten Bedingungen, die so unbedenklich wie nur möglich waren. Wenn Christenheit nicht unter deutscher Oberhoheit, sondern mit den Oberkommissaren der Verhandlungen verhandelt, Briand sprach jedoch über die Einsetzung des Kommandanten Kentaferre. In das Engagement in einem Gebiet unter deutscher Oberhoheit bezugnehmend ist, nur es Aufgabe des Oberkommissars, die Erhebungen anzustellen und den ganzen Fall zu übersehen. Es wurden zahlreiche Besprechungen vorgenommen. Tagelang war der Schritt der deutschen Regierung, Dr. Kelen nur ein reiner Selbstschutzeinheit.

Briand trug nämlich den neuen den französischen Standpunkt in der oberflächlichen Frage vor. Die französische Regierung hält sich nur an den Friedensvertrag. Die Teilhaber bleiben.

jugunster Polens

zu sprechen, und es müssen schon jugendliche Beweismittel gebildet werden, um an andere Systeme zu kommen. Die Verhandlungen sind nur die Teilhaber der Oberhoheit. Wir wollen nicht anders als die übliche und genaue Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Abtötung der gemeinsamen Politik unter gewöhnlichen Umständen der gegenwärtigen Verhältnisse. Es müssen Verhandlungsmöglichkeiten gegeben werden. Nun gut, wir werden sie ergreifen.

Briand geht zu der Frage der

Außerweisung der Kriegsschuldigen

Briand hat heute gesagt, daß diese Frage in dem Ultimatum des Jahres 1919 enthalten war. Deutschland ist so, als würde es diese Abweisung vernachlässigen. Aber die französische Regierung möchte an ihrem Verhalten festhalten, daß die Verantwortlichkeit der französischen Abweisung in Leipzig vollkommen gelöst war, da es sich in nur um ein Theaterstück handelt.

Briand läßt die gemeinsame Verantwortung, nachdem sie aufgenommen und hat. Er habe mindestens Versuchen versucht zu vermeiden. Wenn aber unzulänglichweise die Alldeutschen die Verantwortung vernachlässigen, wenn es ihnen gelungen ist, das Ministerium Briand zu stricken und Frankreich wieder in eine Politik zu führen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann müßte ein Leber müssen. Frankreich schließt alles, was es braucht, um die Tage wieder herzustellen. Nur ein Jahrgang...